

Emsdetten, 20.11.2022

Initiative zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer als Landessteuer

Betrifft: Finanzplan des Haushalts

Zusätzliche Einnahmen: noch zu beziffern, deutschlandweit zwischen 60 und 120 Milliarden Euro pro Jahr

Beschlussvorschlag: Der Kreis Steinfurt gründet eine Initiative zur deutschlandweiten Wiedereinführung einer Vermögensteuer als Landessteuer (mit Länderausgleich), dessen Einnahmen für Investitionen der Länder genutzt und in einem noch zu beratenden Verfahren (angelehnt an die Ideen der Schlüsselzuweisungen und dem kommunalen Finanzausgleich) und Anteil in angemessener Höhe an die Kommunen weitergegeben werden sollen.

Ein selbstgenutztes Eigenheim soll von dieser Vermögensteuer befreit bleiben. Dazu soll ein Freibetrag für Vermögen von 1 Million Euro (ohne Schulden) gelten und sogenannte „Papiermillionäre“, die bspw. eine privat genutzte Eigentumswohnung in der Innenstadt (mit entsprechend hohem Marktwert) besitzen, nicht belastet werden. Für Unternehmen und betriebsnotwendige Vermögen soll ein Freibetrag in Höhe von 5 Millionen Euro gewährt werden. Dazu wird sichergestellt, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen „versteckt“ wird, und Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Alle darüber hinaus gehenden Vermögen sollen mit einer progressiven Vermögensteuer von jährlich 1% bis 5% (Spitzensteuersatz ab einem Vermögen von 50 Millionen Euro) belastet werden.

Dazu bewirbt der Kreis Steinfurt sowohl vor als auch nach der Gründung die Initiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer aktiv bei allen sich dazu bietenden Gelegenheiten, bspw. im Gespräch mit anderen Kommunen, auf der Landkreisversammlung und weiteren Veranstaltungen, sowie (Mitgliedern) der Landes- und Bundesregierung.

Begründung: Der andauernde Streit um die Finanzierung der kommunalen Haushalte und der Kreisumlage lenkt die Diskussion an der eigentlichen Problematik vorbei. In Deutschland gibt es mehr als genug Geld: es liegt jedoch immer mehr davon in den Händen immer weniger Einzelpersonen und Unternehmen. Superreiche und Großkonzerne können ihr Vermögen immer schneller vermehren. Zeitgleich sinken die Reallöhne, sodass die Schere zwischen Arm und Reich immer und immer weiter auseinander geht. Um dem entgegenzuwirken gibt es schon seit langem, aber in der aktuellen Situation besonders dringenden, politischen Handlungsbedarf. DIE LINKE. Bundestagsfraktion hat diesbezüglich bereits verschiedenste

Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem eingebracht, die jedoch bedauerlicherweise keine Mehrheit fanden.

Mit einer solchen Vermögensteuer, welche weniger als 1% der reichsten Deutschen Haushalte zahlen müssten, würden die kommunalen Haushalte massiv entlastet und eine ausreichende Finanzierung der lokalen Infrastruktur möglich. Ebenso zusätzliche Investitionen der Länder, bspw. in das Gesundheits- und Bildungssystem, den öffentlichen Nahverkehr, erneuerbare Energien, Katastrophenschutz, Armutsbekämpfung u.v.m.